



12. Januar 1988
Radio „GONG 2000“, München
Telefoninterview

Schwarzes Jahr für Flüchtlinge

INHALT

Die Flüchtlinge sind überwiegend Menschen, die aus Krisen- und Bürgerkriegsgebieten kommen und für die es eine ungeheure Zumutung ist, wenn man sie als bloße Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet.

GONG

1988 werde für Flüchtlinge und Asylsuchende ein schwarzes Jahr! Das behauptet die Flüchtlings-Hilfsorganisation PRO ASYL. Diese Helfer werden durch Äußerungen von Bundesinnenminister Zimmermann auf den Plan gerufen, der die Asylantenflut eindämmen möchte. Asylanten, das bleibt ein Streitpunkt unter den Deutschen. Am Telefon habe ich den hessischen Pfarrer Herbert Leuninger, der in der Flüchtlings-Hilfsorganisation PRO ASYL arbeitet:

Guten Tag, Herr Leuninger!

H. Leuninger

Guten Tag!

GONG

Wir hätten gerne jemanden vom Bundesinnenministerium hier gehabt. Wir haben drei Tage versucht, jemanden zu erreichen, der dazu Stellung nehmen würde und sich direkt mit Ihnen unterhalten hätte. Wir konnten niemanden dazu gewinnen. Das tut mir sehr leid. Nun werden wir Sie alleine interviewen. Ihrer Meinung nach wird 1988 für Asylsuchende ein schwarzes



Jahr. Warum?

H. Leuninger

Wenn das in der Öffentlichkeit Glauben findet, was der Bundesinnenminister gesagt hat, nämlich daß 90% der Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen kommen. Das ist eine völlig falsche Zahl. Ich denke, im Innenministerium weiß man das auch.

GONG

Wie kann man feststellen, ob ein Flüchtling wegen des Geldes kommt oder nicht? Das ist doch gar nicht so einfach. Ist es eine Art Gewissensprüfung?

H. Leuninger

Das könnte man so sagen. Die Prüfungen sind sehr streng. Aber selbst wenn die ganz strengen Maßstäbe angelegt werden, wie sie heute gelten, und sie sind in den letzten Jahren immer strenger geworden, weil die Bundesrepublik sich irgendwie abschotten möchte, dann sind das doch überwiegend Menschen, die aus Krisen- und Bürgerkriegsgebieten kommen und für die es eine ungeheure Zumutung ist, wenn man sie als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet.

GONG

Wie sieht das eigentlich mit der Bundesrepublik aus? Sind wir als reiches Land attraktiver für Asylsuchende als andere Länder in Mitteleuropa?

H. Leuninger

Es gibt Länder, für die wir ein Ziel sind, weil schon immer wirtschaftliche, politische und kulturelle Kontakte dorthin bestanden haben und auch noch bestehen. Aber das gilt für andere Länder auch, sodaß die Bundesrepublik im Vergleich zu den übrigen europäischen Ländern nicht mehr mit Flüchtlingen zu tun hat und sich auch deswegen nicht an die Spitze der Abwehr stellen kann.

GONG



Im vorletzten Jahr kamen über 100.000 Asylbewerber und der Zuzug wurde durch die DDR mehr oder weniger gestoppt. So waren es im letzten Jahr etwa um die 60.000. Das ist eine ganze Menge. Was schlagen Sie vor, wie man ein gerechtes Asylverfahren erreichen kann?

H. Leuninger

Ich müßte eigentlich eine völlig andere Praxis fordern, die sehr viel objektiver auf die Situation der Flüchtlinge eingeht. Das würde bedeuten, daß viel mehr Flüchtlinge in der Bundesrepublik nach Artikel 16 des Grundgesetzes anerkannt würden. Ich würde auch die Menschen hinzuzählen, die nicht unmittelbar und im einzelnen verfolgt sind, aber doch aus Krisengebieten kommen. Das sind aber politische Einschätzungen, die ganz im Gegensatz zu dem stehen, was der Bundesinnenminister will.

GONG

Wie sieht die Situation für Asylanter aus, die hierher gekommen sind und möglicherweise wieder zurückgeschickt werden? Was erwartet sie in ihren Heimatländern?

H. Leuninger

Ich habe gerade ein Gespräch mit einem jungen Mann aus einem afrikanischen Land geführt. Er hatte bereits seine Rückkehr ins Auge gefasst, da er abgelehnt wurde. Er sprach danach mit einem Freund, der sich 14 Tage in der Hauptstadt seines Heimatlandes aufgehalten hatte. Er war aus Kanada gekommen, hatte aber seine Eltern nicht besuchen können, da sie ihn warnten, nicht nach Hause zu kommen; er würde sofort vom Militär verhaftet. Das ist die Situation in vielen Ländern. Das müßte respektiert werden!

GONG

Vielen Dank für das Gespräch! Wie gesagt, schade, daß vom Innenministerium niemand dazu Stellung nehmen konnte. Vielleicht holen wir das irgendwann nach.